

**Ronja Heinelt, Robert Hübner, Evîn Jlussi, Gesa Müller,  
Tobias Wollborn (Aktive der Jungen GEW/GEW Studis  
Hamburg)**

## **Erfahrungen in der GEW Hamburg: Vergangenheitsbewältigung und Nestbeschmutzung**

Seit dem Herbst 2016 wird innerhalb der GEW und darüber hinaus eine kontroverse Debatte über den ehemaligen Vorsitzenden der GEW, Max Traeger, und seine Rolle im Nationalsozialismus geführt. Der Stein, der diese Debatte ins Rollen brachte, war ein offener Brief des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten in der GEW (BASS), der am 10.10.2016 unter dem Titel „Max Traeger – Kein Vorbild!“<sup>1</sup> veröffentlicht wurde. Darin wird die Vorbildfunktion Traegers in Frage gestellt, die Forderung nach Aufarbeitung zu seiner Person erhoben, sowie die Umbenennung der nach ihm benannten Stiftung eingefordert.<sup>2</sup>

### **Unterstützung des offenen Briefes**

Wir, als Landesausschuss der Studentinnen und Studenten der GEW Hamburg (LASS), haben den offenen Brief unterzeichnet, um eine lange überfällige öffentliche Debatte über die Vergangenheit der GEW zur Zeit des Nationalsozialismus im Allgemeinen und über die Person Max Traegers im Speziellen zu unterstützen. Traeger war eine der Schlüsselpersonen bei der Auflösung der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens (GdF) in den Nationalsozialistischen Lehrerbund

---

1 Der Brief durfte auf Geheiß des GEW-Bundesvorstandes nicht auf die offizielle Seite des BASS gestellt werden und ist daher auf einem eigenen Blog zu finden: [www.keinvorbild.wordpress.com/](http://www.keinvorbild.wordpress.com/) (Stand 20.07.2017)

2 Dem Brief vorausgegangen war die Veröffentlichung des Buches Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933–1945 von Saskia Müller und Benjamin Ortmeier (erschienen im Beltz Verlag 2016).

(NSLB), dessen Mitgliedschaft er selbst bereits am 1. Mai 1933 annimmt. Nach dem Krieg ist er federführend bei der Rückforderung des Gebäudes Ro19 in GEW-Besitz. Trotz dieser maßgeblichen Rollen Traegers, gab es bis zum letzten Jahr keine ausführliche Aufarbeitung selbiger. Die Tatsache, dass sich in der jungen Nachkriegs-GEW neben Traeger auch (viele) weitere Mitglieder des NSLB wiederfanden, ist Zeichen dafür, dass hier – wie in vielen anderen Organisationen auch – personelle Kontinuitäten bestanden. Gerade weil Zeitzeug/innen zunehmend nicht mehr über das berichten können, was sie erfahren mussten, eine Generation heranwächst, für die der Nationalsozialismus nur noch Geschichte ist, und der gesellschaftliche Ruf nach einem ‚Schlussstrich‘ lauter wird, bedarf es umso mehr der Bemühung, Erinnerung und Aufarbeitung wachzuhalten. Aufarbeitung bedeutet (für uns) gerade nicht, einen Strich unter das zu ziehen, was gewesen ist und es somit auch aus der Erinnerung wegzuwischen. Es geht darum, Aufarbeitung der Vergangenheit im eigentlichen Sinne zu begreifen, nämlich „das Vergangene im Ernst verarbeite[n], seinen Bann breche[n] durch helles Bewußtsein“ (Adorno, Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit, 1971 [1959], S. 10). Aufarbeitung bedeutet, die Mechanismen zu erkennen, die Menschen Täter/innen werden ließen. Täter/in bezieht sich hier nicht nur auf die direkte Gewalttat, sondern auch – abstrakter begriffen – die allgemeine Tat, nationalsozialistische Verfolgung und Vernichtung möglich gemacht zu haben. Aufarbeitung heißt, „ein kritisches, reflexives Geschichtsbewusstsein (...) [anzustreben], indem sich Wissen und Begreifen gegenwartsrelevant miteinander verschränken.“ (Knigge 2013)

## **Gewerkschaften in der Verantwortung**

In Anbetracht aktueller politischer Positionen, des ansteigenden Rechtspopulismus, rassistischer und nationalistischer Ressentiments ist einmal mehr darauf zu verweisen, welche Verantwortung wir als Gewerkschafter/innen und Antifaschist/innen haben. Aufarbeitung muss öffentlich stattfinden, weil Nationalsozialismus und Deutsche Geschichte gesellschaftliche Themen sind. In den 1930ern und 40ern haben große Teile der Bevölkerung die Idee des Nationalsozialismus befürwortet und vorangetrieben. Als ihre Nachfahren und Mitglieder ihrer Nachfolgeorganisationen stehen wir daher gemeinsam in der Verantwortung die Verbrechen aufzuarbeiten. Unser aller Geschichte darf nicht nur in einzelnen Gremien und geschlossenen Räumen diskutiert werden. Das Bewusstsein der historischen Kontinuität in

Deutschland schrumpft. Auch deshalb ist eine offensiv und öffentlich geführte Debatte notwendig.

Bei Gewerkschaften verhält es sich mit der nationalsozialistischen Vergangenheit – sei sie widerständig oder konform, ideologisch, personell oder finanziell – nicht anders. Die GEW, 1948 gegründet, beruft sich auf ihre Vorgängerorganisation, die Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens (gegründet 1805). Im April 1933 beschloss deren außerordentliche Hauptversammlung den Eintritt in den Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB). 1937 wurde auch ihr Vermögen an den NSLB übertragen. Selbst wenn die antisemitische Vergangenheit der Gesellschaft der Freunde (so waren jüdische Mitglieder dort erst ab 1867 willkommen) beiseitegelassen wird, so lässt sich doch nicht negieren, dass, wer über die GEW und die Gesellschaft der Freunde sprechen will, auch über den NSLB nicht schweigen darf. Nicht, weil es automatisch ideologische Kontinuitäten geben muss. Aber der Blick auf relevante Personen der Gesellschaft der Freunde, des NSLB und der ersten Jahre der GEW zeigt, dass viele Personen die schon im NSLB aktiv waren, sich nach dem Krieg in der GEW engagierten. Wenn vielleicht auch mit Skepsis dem Nationalsozialismus gegenüber, so hinterlässt ein Leben in dieser Zeit doch seine ideologischen Spuren, die nicht ohne weiteres weggewischt werden können. Erst recht nicht in einer Zeit, in der Aufklärung und Reflexion nationalsozialistischer Ideologie und Täter/innenschaft alles andere als gesellschaftlicher Konsens waren.

Wir sehen es als Chance für eine produktive Debatte innerhalb unserer Organisation, der GEW, die Leerstellen zu füllen und aufzuarbeiten, welche personellen, institutionellen, ideologischen und materiellen Kontinuitäten sich auch in den ersten Jahren der GEW nach dem Sieg der Alliierten über Nazideutschland und dem Ende der industriellen Vernichtung von Millionen Menschen, im Anschluss an den NSLB ergeben (haben). Es geht uns dabei um die Möglichkeit, sich offensiv mit der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen, Verantwortungsbewusstsein zu zeigen und Konsequenzen aus dem Vergangenen zu ziehen. Dies bedeutet auch, sich kritisch mit alten und ehemaligen Kolleg/innen auseinanderzusetzen, ganz gleich, wie sehr wir diese vermeintlich kennen und womöglich schätzen gelernt haben.

## Abwehrreflexe und Schikane

Den Reaktionen auf die Veröffentlichung des Briefes nach zu urteilen, teilen diese unbedingte Position zur Aufarbeitung auch innerhalb der eigenen Organisationen nicht alle GEW-Mitglieder. Statt sich konstruktiv zusammen zu setzen um diese Leerstelle der offiziellen Geschichte der GEW zu füllen, reagierte der Vorstand der GEW Hamburg mit Empörung über unsere Entscheidung, diese Debatte öffentlich zu führen. Unser Ansatz der partizipativen Aufarbeitung wurde als Nestbeschmutzung interpretiert und uns unter dem Vorwand des Vertrauensbruchs mit formalisierter und persönlicher Schikane begegnet. Seit der Veröffentlichung des Briefes wurden wir mit Mails seitens des Vorstandes überschüttet, wurde unsere Raumbuchung kontrolliert und teilweise verhindert, uns der Schlüssel abgenommen, unsere Zusammensetzung, unsere Treffen und unsere Entscheidungen für illegitim erklärt und unsere Arbeit auf vielfältige Weise zu erschweren versucht.

Mit diesem Verhalten hat der Vorstand der GEW Hamburg unsere politische Struktur immer wieder angegriffen, sich einer Debatte darüber jedoch entzogen. Begründet wurde dies mit dem angeblich verloren gegangenen Vertrauen uns gegenüber. Eine inhaltliche konstruktive Diskussion zwischen uns und dem Vorstand wurde von selbigem nicht zugelassen, stattdessen wurde unser Anliegen von seinem Inhalt befreit und auf die vermeintlich unangemessene Form des offenen Briefes reduziert.

Die Auseinandersetzungen im Landesverband Hamburg aber auch auf Bundesebene, die Repression, die Vorwürfe und diverse Äußerungen politisch nicht tragbarer Inhalte haben uns als Struktur lange stark beschäftigt.

Es ging uns in dieser Debatte nicht darum, der GEW, als deren aktive Mitglieder wir uns verstanden haben, zu schaden oder uns unkollegial zu verhalten – im Gegenteil: Wir wollten und wollen anregen, sich offen mit der Vergangenheit der GEW zu befassen und gestärkt, schärfer und ein Stückchen aufgeklärter, was die eigene Geschichte betrifft, aus der Auseinandersetzung gehen. Es geht (uns) nicht um Schuld. Wer meint, die GEW würde an einer Diskussion um die Person Max Traeger Schaden nehmen oder schlecht in der Öffentlichkeit dastehen, verkennt zum einen die Notwendigkeit von Aufarbeitung und setzt zum anderen das persönliche Empfinden vor das Recht und die Pflicht der Auseinandersetzung mit der eigenen (persönlichen aber auch institutionellen) Vergangenheit, mit dem Ziel, „dass Auschwitz nicht noch einmal sei“ (Adorno, Erziehung nach Auschwitz, 1971, S. 88). Auch sollte dieses persönliche Empfinden überdacht werden; denn wer den Anstoß, sich – auch öffentlich(!) – mit der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen und somit Verantwortung zu über-

nehmen, als „Nestbeschmutzung“ bezeichnet, der/die identifiziert sich mit einer Gewerkschaft, die sich dem unangenehmen Teil ihrer Geschichte entledigen will eher, als mit einer Gewerkschaft, die ihre antifaschistische Grundhaltung zuerst an sich selbst beweist und somit eine Vorbildfunktion in der (Zivil-)Gesellschaft übernimmt. So schmerzhaft die Erfahrung der befleckten Identität und der nationalsozialistischen Vergangenheit von Kolleg/innen der eigenen Organisation auch sein mag: Die Abwehr peinlicher und unangenehmer Erinnerungen muss aufhören.

Es ist uns wichtig, an dieser Stelle deutlich zu machen, dass es keinesfalls einen Widerspruch zur antifaschistischen Grundhaltung der GEW darstellt, wenn der ehemalige Vorsitzende Max Traeger eine einschlägige nationalsozialistische Vergangenheit hat. Im Gegenteil: in dem Fall würde eine öffentliche Positionierung zu dieser Vergangenheit und zu seinem Wirken in der GEW sowie eine Umbenennung der Stiftung in Frankfurt diese Haltung sogar glaubhaft bestärken. Einen Widerspruch zu einer antifaschistischen Grundhaltung stellt es allerdings sehr wohl dar, wenn versucht wird, eine (öffentliche) Auseinandersetzung zu verhindern, wenn versucht wird, Impulse zur Aufarbeitung unter den Tisch zu kehren oder diese lediglich ‚intern‘, in kleinen Gremienkreisen, abzuhandeln, oder wenn Personen und Gruppen, die solche Impulse äußern, vertreten oder unterstützen, gewerkschaftsschädigenden Verhaltens bezichtigt werden.

## Voreingenommene Auseinandersetzung

Wir begrüßen, dass nun eine Auseinandersetzung zur Person Traegers stattfindet. Mehrere Artikel in der Hamburger GEW-Zeitung hlz wie auch in der bundesweiten Erziehung & Wissenschaft, sowie einige Veranstaltungen setzen sich mit der Thematik auseinander. Schon früh wird dabei allerdings klar, welche Richtung die Debatte einschlägt. Ende 2016 wird der ehemalige Vorsitzende des GEW-Landesverbandes Hamburg Hans-Peter De Lorent mit der Erstellung einer Biografie Traegers beauftragt. Bereits am 29.11.2016 spricht de Lorent im Rahmen des GEW Salons „Von der Banalität des Bösen“ Traeger von den Vorwürfen gegen ihn frei; diese seien unhaltbar<sup>3</sup>. In verschiedenen Diskursbeiträgen wird Traeger als „Opfer der Nationalsozialisten“ (hlz 3–4/2017, S. 58) und „Gegner des Nationalsozialismus“ (E&W, 05/2017) betitelt. Dies entspricht nicht unserer Auffassung einer unvoreingenommenen (wissenschaftlichen) Auseinandersetzung.

---

3 De Lorent wiederholt diese Aussage später auch in der E&W 05/2017, S. 25 ff.

Traeger zum jetzigen Zeitpunkt von jeglicher Schuld freizusprechen erschwert die offene Debatte, welche der Vorstand so vehement einfordert.

## Weiterhin kein Vorbild

Unabhängig davon, wie die Grundsatzfrage beantwortet werden kann, ob im historischen Kontext ein „passives“ Mitlaufen in Nazistrukturen eine Person zum Nazi-Opfer oder -Gegner\_in macht und wie verschieden eine Täter/innenschaft aussehen kann, sollte Max Traeger einer Bildungsgewerkschaft nicht als Vorbild dienen. Er war – wie 97% aller Lehrkräfte – im NSLB organisiert. Er mag im NSLB nicht begeistert mitmarschiert sein, sondern versucht haben, sich und seinen Lehrer/innenKolleg/innen zu ermöglichen, unbehelligt weiter arbeiten und leben zu können. Auch wenn dies im Kontext der damaligen Umstände eventuell nachvollziehbar scheint, hat ein solches „Mitlaufen“ – das sich nicht im offenen Widerspruch zur nationalsozialistischen Idee befand – mit dazu beigetragen, dass sich der Nationalsozialismus weiter ausbreiten und verfestigen konnte. Die Tatsache, dass 3% der Lehrer/innen eben nicht im NSLB mitgemacht haben, zeigt, dass widerständigere – vorbildlichere – Handlungen möglich waren. Auch die umfänglichen Distanzierungen Traegers vom Nationalsozialismus nach Kriegsende sowie der Versuch, für sich und seine Kolleg/innen so viel ‚Eigentum‘ wie möglich zu sichern, spricht mehr für einen Mangel an Reflexion seiner eigenen Rolle im Nationalsozialismus, als für vorbildliches Verhalten.

Das Traeger als Schulleiter abgesetzt wurde mag stimmen, allerdings konnte er die meiste Zeit weiterhin unbehelligt als Lehrer arbeiten. Ihn deshalb zum „Opfer des Nationalsozialismus“ (hlz 3–4/2017, S. 58) zu erheben, ist angesichts der vielen Menschen, die während der Zeit des Nationalsozialismus tatsächlich negative Folgen bis zum Tod erfahren mussten, äußerst makaber. Diese Täter-Opfer-Umkehr ist für eine Bildungsgewerkschaft, die sich als antifaschistisch begreift, schlichtweg unhaltbar.

Somit geht es nicht um die Debatte, welches damalige Verhalten möglich oder vertretbar war, sondern darum, welches Verhalten wir uns aus heutiger Sicht zum Vorbild nehmen wollen. Und das ist nicht das eines Menschen, der wie oben beschrieben versucht hat ‚das Beste rauszuholen, was rauszuholen war‘ und nach 1945 maßgeblich daran beteiligt war, ein während der NS-Zeit von einer jüdischen Erb/innengemeinschaft veräußertes Haus in Besitz der GEW zu bringen – und dabei mit ehemaligen NSDAP-Mitgliedern zu kooperieren (Vgl. Nette/Romey 2010).

## Zur Sache Ro19

In der Lesart weiter Teile des Hamburger Vorstands stellt sich die Rückführung des Gebäudes der Rothenbaumchaussee 19 in den Besitz der GEW als legitim dar, da zum einen der Kauf des Hauses ein gewöhnliches Geschäft gewesen sei und zum anderen die jüdische Erb/innengemeinschaft nach 1945 keinen Wiedergutmachungsantrag gestellt hätte. Für diese Nichtstellung kann es viele Gründe geben und ein solcher Kauf in der NS-Zeit darf unseres Erachtens nicht losgelöst von dieser betrachtet werden. Die Legitimität der Rückerstattung von Ro19 ist unter dieser Perspektive deshalb keinesfalls eindeutig geklärt. Selbst wenn jedoch diese Einwände nicht berücksichtigt werden und deshalb die Rechtmäßigkeit der Übertragung des Hauses in den Besitz der GEW nicht angezweifelt wird, kann doch angesichts der Gewalt gegen Jüd/innen, der massenhaften Arisierung jüdischen Eigentums sowie dem Umgang hiermit in der Nachkriegszeit der intensive Einsatz Traegers nur als moralisch falsch verurteilt werden – und nicht als Erfolg. Zudem ist – unabhängig von der Beurteilung der Rechtmäßigkeit – auch dieser Teil der Geschichte der GEW damit nicht abgehakt. Ein Argumentationsstrang, der dies behauptet, geht von der Annahme aus, dass es eine gewisse notwendige Wiedergutmachung gäbe und wenn diese von statten gegangen sei bzw. keine Ansprüche mehr gestellt würden, dann sei auch alles wieder gut. Wiedergutmachung für die systematische Verfolgung und industrielle Vernichtung sowie aller anderer Formen des Mitwirkens am Nationalsozialismus ist unserer Auffassung nach allerdings nie abgeschlossen. Das Mindeste ist der andauernde Versuch der Wiedergutmachung und der stetige Prozess der Aufarbeitung – ein Versuch des „Reinwuschens“ wie im Fall Ro19 oder Max Traeger führt für uns in genau die falsche Richtung, nämlich zu einem Schlussstrich.

Heute kommen wir – das Leitungsgremium und die Aktivengruppe der Jungen GEW und der GEW Studis – zu der Entscheidung, dass für uns eine Identifikation mit und politische Organisation in einer Struktur, welche einen produktiven Umgang mit der eigenen Verbandsgeschichte und mit ihren Mitgliedern so verfehlt und auch 2017 über den vermeintlichen Unterschied von „verbrecherischer Arisierung“ und „Arisierung“ diskutiert – letztere sei scheinbar nicht so schlimm und im Fall von Ro19 zutreffend (vgl. Debatte hlz 5–6/2017) – nicht weiter möglich ist.

Diese Geschehnisse zeigen, wie wichtig eine kritische Auseinandersetzung hier ist. Neben einer wissenschaftlichen Untersuchung sind auch alle GEW-Mitglieder in der Verantwortung, sich mit der Vergangenheit ihrer Organisation kritisch auseinanderzusetzen und daraus Konsequenzen zu ziehen. Hierbei darf es keine Tabus geben. Dies kann nicht nur, sondern

sollte öffentlich geschehen, damit Aufarbeitung ein kollektiver Prozess wird, an dem viele teilhaben und der nie aufhört. Denn die Aufarbeitung nationalsozialistischer Verbrechen, des deutschen Faschismus und menschenverachtender Ideologie ist nie abgeschlossen, auch, „weil die Vergangenheit, der man entrinnen möchte, höchst lebendig ist. [...] Aufgearbeitet wäre die Vergangenheit erst dann, wenn die Ursachen des Vergangenen beseitigt wären. Nur weil die Ursachen fortbestehen, ward sein Bann bis heute nicht gebrochen“ (Adorno 1971 [1958], S. 28).

## Literaturverzeichnis

- Adorno, T. W.: Erziehung nach Auschwitz. In: Adorno, T. W.: Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt am Main 1971, S. 88–104.
- Adorno, T. W. (1971). Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit. In T. W. Adorno, Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt am Main 1971, S. 10–28.
- de Lorent, Hans-Peter/Geffers, J.: Interview: „Man muss Traeger dankbar sein ...“. In: GEW Landesverband Hamburg (Hrsg.): hlz März-April/2017, S. 56–61.
- GEW (Hrsg.): E&W Erziehung und Wissenschaft (Mai 2017), Essen 2017.
- GEW Landesverband Hamburg (Hrsg.): hlz. Hamburg (Mai-Juni 2017).
- Knigge, V.: Erinnerung und Geschichtsbewusstsein? Warum Erinnerung allein in eine Sackgasse für historisch-politische Bildung führen muss. In V. Knigge, Kommunismusforschung und Erinnerungskultur in Ostmittel- und Westeuropa, Köln, Weimar, Wien 2013, S. 177–192.
- Müller, Saskia/Ortmeyer, Benjamin: Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933–1945. Herrenmenschentum, Rassismus und Judenfeindschaft im Nationalsozialistischen Lehrerbund. Weinheim und Basel 2016.
- Nette, Bernhard/Romey, Stefan: Die Lehrgewerkschaft und ihr "Arisierungserbe": die GEW, das Geld und die Moral, Hamburg 2010.